

die mittlerweile an Erfahrung reicher gewordene Wählerschicht nicht mehr überzeugen konnte« (S. 503). Der recht enge Politikbegriff, den der Verfasser im Verlauf seiner Arbeit verwendet, erweist sich als ungünstig, um Wählermotivationen auf die Spur zu kommen. So bedeutet für ihn der Protest der Münsteraner gegen die »als sozial ungerecht empfundene Mahl- und Schlachtsteuer« keine politische Forderung. »Ausgesprochen politische Forderungen« — so schließt er diese Feststellung — »wie etwa Presse- und Versammlungsfreiheit, die Ausarbeitung einer Verfassung oder gar Wahlen zu einem deutschen Parlament, waren dagegen nicht zu hören« (S. 22). Auch die Programmatik der katholischen Vereine, ihre Verteidigung religiöser Freiheiten, die Durchsetzung der Parität, der Ausbau des höheren katholischen Bildungswesens und die Verwirklichung der Unabhängigkeit von Kirche und Staat sind für ihn »weniger politische Ziele« (S. 29), wobei Widersprüche nicht ausbleiben, so wenn der Münstersche Piusverein »im gerade erwachenden politischen Leben der Stadt« dann doch »eine gewichtige Rolle« spielt, aber im Gegensatz zu den rheinischen Piusvereinen nicht »einen ausgesprochen politischen Kurs steuert« (S. 71).

Die Einschätzung von politischem Verhalten, die sich nur an der Wahlbeteiligung, dem Vereinswesen und der Pressedichte orientiert, muß im Hinblick auf die ländlichen Unterschichten letztlich unergiebig bleiben, legt man hier nicht ganz andere Kriterien an, wie dies z. B. Josef Mooser in seiner Bielefelder Dissertation im Hinblick auf das politische Verhalten ländlicher Unterschichten im östlichen Westfalen tut. Es mag zwar stimmen, daß die Streulage der Siedlungen, die schlechten Verkehrswege u. ä. Gründe für die niedrige Wahlbeteiligung zu den 3-Klassen-Wahlen während der Reaktionsperiode waren — der Regierungsbezirk Münster lag mit ca. 10 Prozent immer am untersten Ende der Wahlbeteiligungsskala in Preußen —; warum aber bei den ersten allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlen 1867 die Wahlbeteiligung auf 47 Prozent stieg, dafür hat der Verfasser keine Erklärung, das ist für ihn »ziemlich überraschend« (S. 456). War das auch nur ein »Indiz für das mangelnde politische Bewußtsein« in dieser Gegend?

Haunfelders Ansatz und Fazit werden dem politischen Bewußtsein der Münsterländer in der Revolutions- und Nachrevolutionszeit kaum gerecht, zumal es ihm auch nicht gelingt, das geschlossene katholische Milieu eingehender zu analysieren, inwieweit sich hier politische Meinungen in den Gemeinden artikulierten, ein katholisches Vereinswesen sich also erübrigte. Der politische Einfluß des Klerus war sicher nicht nur auf das Hirtenwort des Bischofs zu den Wahlen beschränkt. So werden Hintergründe kaum deutlich. Was an politischer Willensbildung in den einzelnen Partei-Richtungen auf oberster Ebene geschieht und vom Verfasser breit dargestellt wird, ist für den Leser nicht so interessant, zumal er es an anderer Stelle besser analysiert findet. Was er dagegen vermißt, ist ein Vergleich mit der unmittelbaren politischen Nachbarschaft: den Regierungsbezirken Arnberg und Minden; nur auf diese Weise ist die Sonderstellung des Regierungsbezirks Münster zu verdeutlichen. So aber führt das Untersuchungsschema des Verfassers, das er für alle 15 Wahlen anwendet, zur allmählichen Ermüdung des Lesers und zur Frage, ob der Verfasser nicht das, was er hier auf 801 Seiten ausbreitet, auf knapp 400 Seiten hätte präziser bringen können. Arno Herzig

Arno Herzig, »In unsern Herzen glüht der Freiheit Schein.« Die Entstehungsphase der bürgerlichen und sozialen Demokratie in Minden (1848—1878) (= Mindener Beiträge, Bd. 19), Mindener Geschichtsverein, Minden 1981, 162 S. mit 22 Abb., kart., 19 DM.

In seiner aus Studien über Abraham Jacobi¹ erwachsenen Arbeit — je zur Hälfte Darstellung und Dokumentation — will Herzig »im Rahmen einer Regionaluntersuchung den Aspekt

1 Arno Herzig, Abraham Jacobi. Die Entwicklung zum sozialistischen und revolutionären Demokraten. Briefe, Dokumente, Presseartikel (1848—1853), Minden 1980.

der Entstehung der bürgerlichen und sozialen Demokratie und ihre Trennung verdeutlichen« (S. 7). Der lokale Ansatz ist insofern recht erfolgreich, als es durch ihn gelingt, das eigentliche Umfeld jeder bürgerlich-demokratischen Parteibildung zwischen Vormärz und Reichsgründung, die persönlichen Kontakte und informellen Zirkel, an einem lokalen Beispiel auszuleuchten und damit die ideologische und organisatorische Entwicklung (Vereinsbildung) besonders in der Revolutionszeit zu verdeutlichen, zugleich aber auch die Mindener Vorgänge in die westfälische und gesamtdeutsche demokratische Partei- und Bewegungsgeschichte einzuordnen.

Herzig beginnt mit einer knappen Skizze des »spezifischen Milieus«, in dem sich in der Festungsstadt demokratische Bestrebungen entwickelten: Intellektuelle, Juden, Handwerker und Arbeiter, wobei sich die beiden ersten Merkmale in einigen führenden demokratischen Persönlichkeiten vereinten, so bei Theodor Hertzberg, wie viele seiner Gesinnungsgenossen Lehrer am Ratsgymnasium, das damit auch über die Schülerschaft zum wichtigsten Träger demokratischen Gedankengutes in Minden bis in die Reichsgründungszeit hinein wurde. Der 2. Abschnitt widmet sich der »Entwicklung der demokratischen Bewegung 1848/49«, d. h. dem Prozeß der bürgerlichen Vereinsbildung in Minden, der langsamen Trennung der vor allem in der Unterschicht Rückhalt findenden *sozialen* Demokratie unter Hertzberg und Schnake von den Konstitutionellen sowie ihren Aktivitäten auf (west)deutschen Demokratenkongressen. Für die Zeit der Unterdrückung und Illegalisierung der »Mindener Demokratenszene« 1850—52 vermag Herzig im 3. Abschnitt aufzuzeigen, wie über verschiedene private Kränzchen und Tarnvereine eine »demokratische Subkultur« (S. 35) in Minden wachgehalten werden konnte, bis mit der erzwungenen Resignation und Auswanderung von Hertzberg und einigen seiner Lehrerkollegen die führenden demokratischen Köpfe beseitigt waren.

Leider widmet sich Herzig, wohl auch aus Gründen des verfügbaren Quellenmaterials, nicht in gleicher Konsequenz den Mindener Unterschichten, die lediglich als Anhängerschaft des sozialen Flügels der demokratischen Partei, insbesondere des Demokratischen Vereins bzw. des Bildungsvereins, Erwähnung finden. So fällt Herzig leider einem Polizeibericht vom 4. 10. 1851 (Dok. 1.20) zum Opfer und verneint die Existenz eines Zigarrenarbeitervereins (S. 15). Dieser existierte jedoch mindestens seit Anfang 1849 bis Ende 1852, beteiligte sich mit eigenen Delegierten an den Generalversammlungen der Zigarrenarbeiter-Assoziation vom September 1849 und August 1850, der Konstituierung der Witwen- und Invalidenkasse im August 1851 und entsandte im September 1852 einen Kontrolleur für die Rechnungsablage dieser Arrongeschten Kasse, von den zahlreichen Korrespondenzen in den Organen der Zigarrenarbeiter-Assoziation ganz abgesehen.²

Da Herzig demnach für Vormärz und Revolutionszeit die »Entstehungsphase der bürgerlichen und sozialen Demokratie in Minden« als Mit- und Gegeneinander zweier Strömungen nur innerhalb *bürgerlicher* Trägerschichten herausarbeiten kann, offenbart der 4. Abschnitt, die »Trennung der sozialen von der bürgerlichen Demokratie in Minden 1861—1875«, ein zentrales konzeptionelles Problem der Untersuchung: Ab 1861 firmiert als *soziale* Demokratie die entstehende *Arbeiterbewegung*, dagegen der Nationalverein — wohl kaum akzeptabel als »demokratische Parteiorganisation« (S. 62) tituliert — als bürgerliche Demokratie. Demnach kann die »Trennung« in Minden nicht als Spaltungsprozeß eines einheitlichen demokratischen Lagers verstanden werden, sondern resultiert aus dem Aufkommen einer neuen sozialen Bewegung, die überdies den sozialen Flügel der 1848er bürgerlichen Demokratie be-

2 Zuerst in: Concordia, 7—14. 4. 1849, S. 26. Man vergleiche auch die beiden die Ignoranz des Regierungspräsidenten belegenden Korrespondenzen in: Circular, 14 — 23. 3. 1851 und 10. 12. 1851. Letzte Erwähnung des Vereins: Circular, 9 — 7. 11. 1852. Vgl. auch: Deutsche Handwerker- und Arbeiterkongresse 1848—1852. Protokolle und Materialien, hrsg. von Dieter Dowe und Toni Offermann, Berlin/Bonn 1983, S. 354 f., 357, 360, 363 f., 367 f., 375, 381, 385, 389.

erbt. Eine Kontinuität der von Herzig thematisierten beiden demokratischen Fraktionen in Form (teilweise) identischer sozialer Trägerschichten existiert also nicht, zumal nach 1861 in Minden weder eine Spaltung des bürgerlichen Lagers noch das Überwecheln ehemaliger 48er Demokraten zur jungen Arbeiterbewegung zu verzeichnen ist. Leider geht Herzig auf diese Probleme nicht ein.

Auf jeden Fall konnte sich in Minden nach 1860 eine (links)liberale Bewegung neu formieren (S. 63—65), der erstmals 1867/68 organisierte Lassalleaner entgegentraten, womit für Herzig die Trennung von bürgerlicher und sozialer (= sozialistischer!) Demokratie abgeschlossen war.

Herzigs Versuch, am lokalen Beispiel allgemeine Dissoziierungsprozesse im demokratischen Lager bis zur Konstituierung einer unabhängigen Arbeiterbewegung aufzuzeigen, ist durchaus gelungen. Der Dokumentenanhang enthält recht interessante Stücke, so das Protokoll des 1. westdeutschen Demokratenkongresses vom September 1848 (Dok. 2.3). Von Interesse dürften auch die biographischen Informationen über den Präsidenten des Frankfurter Handwerkerkongresses, Philipp Todt, sein.

Toni Offermann

Wilfried Feldenkirchen, Die Eisen- und Stahlindustrie des Ruhrgebiets 1879—1914. Wachstum, Finanzierung und Struktur ihrer Großunternehmen (= Zeitschrift für Unternehmensgeschichte, Beiheft 20), Franz Steiner Verlag, Wiesbaden 1982, XI, 610 S., kart., 107 DM.

Warum entwickelte sich das Ruhrgebiet zum wichtigsten industriellen Ballungsgebiet Deutschlands? Die Untersuchung von Feldenkirchen gibt darüber Auskunft. Trotz seiner Konzentration auf die Eisen- und Stahlindustrie, das heißt, auf elf führende Eisen- und Stahlunternehmen, deren Entwicklung er vom Ende der Gründerkrise bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs analysiert, werden die strukturellen Bedingungen für die Industrieansiedlung in dieser Region deutlich sichtbar. Diese Tiefenschärfe wird zum einen erreicht, indem anhand der technologischen Entwicklung, der Rohstoffvorkommen und der Verkehrslage die für die Eisen- und Stahlindustrie zentrale Standortfrage erläutert wird. Zum anderen werden durch die Analyse der Unternehmensexpansion und -konzentration die Wechselbeziehungen zwischen technologischen Möglichkeiten und kostensparender Betriebstechnik und Organisation, Kapitaldecke, Konjunkturverlauf und absatzorientierter Risikoversicherung aufgedeckt. Erst mit dem Übergang zur Steinkohlenverhüttung Mitte des 19. Jahrhunderts wurde das Ruhrgebiet als schwerindustrielle Region attraktiv, deren weitere Entwicklung durch die natürlichen Wasserwege, Rhein und Ruhr, begünstigt wurde; denn aufgrund von Umfang und Gewicht der Rohmaterialien ebenso wie der Endprodukte war die Transportfrage für die Eisen- und Stahlindustrie von zentraler Bedeutung. Gegründet wurden die führenden Eisen- und Stahlunternehmen durchweg zwischen 1850 und 1870, und bis zur Jahrhundertwende hatten sie sich zu sogenannten gemischten Werken entwickelt, die die Produktionsstufen von der Kohlenförderung bis zur Weiterverarbeitung der Eisen- und Stahlproduktion zumindest in Walz- und Hammerwerken umfaßten.

Die Gleichförmigkeit, die dieser Entwicklungsprozeß impliziert und die sich in der ausgeprägten großbetrieblichen Struktur sowie hohen Kapitalintensität der Unternehmen manifestiert, bestätigt sich nach Ansicht des Verfassers bei näherer Betrachtung nicht. Seine auf extensivem Studium der Unterlagen in den Firmenarchiven beruhende Analyse weist erhebliche Unterschiede hinsichtlich der Unternehmensorganisation und Finanzierung, der Produktionsschwerpunkte und Innovationsbereitschaft auf. Daraus resultierten nicht zuletzt die Schwierigkeiten einer Markt- und Absatzsicherung durch Kartellierung, die im Vergleich zum Kohlenbergbau nicht nur später erfolgte, sondern auch instabiler war. Deshalb wird zwar die Ansicht bejaht, daß die mit der Gründung des Stahlwerksverbandes 1904 vorerst abgeschlosse-